

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Bezugpreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortsvorkehr 2,15 M., in Württemberg
2,20 M. vierteljährlich, hierzu Bestellschein 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar-
monbzelle oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 30 Pfg.

Nr. 279

Donnerstag, den 28. November 1918.

35. Jahrgang.

Der Friede zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft.

Zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften ist unter Mitwirkung der gegenwärtigen Reichsregierung ein Abkommen für die Uebergangswirtschaft abgeschlossen worden. Darin haben die Unternehmer zunächst einmal die Gewerkschaften als die berechtigten Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt, auf jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit verzichtet und die in den wirtschaftsrechtlichen Verbänden organisierten Arbeiter fallen lassen. Sie sind dem gewerkschaftlichen Standpunkt des Verhandeln von Macht zu Macht bei Wirtschaftskämpfen beigetreten und haben sich demgemäß auf den Boden eines möglichst weitgehenden Ausbaues des kollektiven Arbeitsvertrags, der Tarifverträge, gestellt, in dem Gedanken, daß die beiderseitige Neigung, ohne offene Konflikte auszukommen, umso größer sein werde, je breiter auf beiden Seiten die Front ist, auf der etwaige Auseinandersetzungen auszusuchen sein werden. Allerdings besitzen die Unternehmer nach dem Abkommen vorerst noch keine wirksame Sicherung gegen Vertragsbrüche.

Die Unternehmer haben ihrerseits auf eigene Arbeitsnachweise verzichtet und die gemeinsame Regelung des Arbeitsnachweises angenommen, die in der Praxis auf den bestimmenden Einfluß der Gewerkschaften hinauslaufen wird. Ein nicht minder bedeutsames Zugeständnis ist die Annahme des zu gleichen Teilen zusammengegründeten Schlichtungsausschusses mit verbindlicher Entscheidung für beide Teile; damit ist, wenn auch in etwas anderer Form, der von den Unternehmern bisher lebhaft bekämpfte Gedanke eines Reichsentscheidungsamtes verwirklicht.

Ueber die Zweckmäßigkeit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit waren die Meinungen der Unternehmer geteilt. Die Mehrzahl hielt den „Achtstundentag“, wie die Aenderung kurz aber nicht ganz sinngemäß genannt wird, gerade in der Uebergangszeit für bedenklich, weil die gewaltigen Lasten, die das Kriegsglück uns aufgebürdet hat, die Anspannung aller Kräfte erfordern, um uns zu behaupten. Der Reichsbankpräsident hat seinerseits, als wir noch Hoffen konnten, mit einem leidlichen Frieden aus dem Kriege hervorzugehen, gesagt, in Zukunft müssen wir doppelt so sparsam sein und doppelt so viel arbeiten als bisher. Und der achtstündige Arbeitstag bedeutet selbstverständlich, da be-

stimmungsgemäß Lohnausfälle infolge der verminderten Arbeitszeit zu vermeiden sind, eine erhebliche Verteuerung der Erzeugung und eine Erschwerung des Wettbewerbs der deutschen Industrie. Auf der anderen Seite wurde aber der Standpunkt vertreten, es müsse für möglichst viele Arbeitskräfte die Arbeitsgelegenheit geschaffen werden und diese Arbeit werde durch allgemeine Verärgerung der Arbeitszeit am sichersten und vollständigsten erreicht.

Sieht man aber von den Einzelheiten des Vertrags ab und läßt man es dahingestellt, ob die einzelnen Fragen für sich getade auf die zweckmäßigste Weise gelöst sind — erst die Erfahrung wird uns darüber zweifelnd belehren —, so wird man den Friedensvertrag zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft in der deutschen Industrie nur begrüssen können. Ein dreijähriger innerer Krieg wird dadurch abgeschlossen. Die ganze Regierungszeit des Kaisers Wilhelm II. ist von den bald offenen, bald unterirdisch schwelenden Kämpfen um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in der Industrie ausgefüllt gewesen. Der Kaiser glaubte die Frage, zu deren Lösung Bismarcks Weisheit die mühselige und andauernde Arbeit langer Jahre beanspruchte, mit raschen Entscheidungen zum Ende führen zu können. Er hat sich schwer getäuscht, im Endziel sowohl, wie so oft auch in der Anwendung der Mittel und Wege. Das Unternehmertum war zur Anerkennung der Gewerkschaften nicht zu bewegen, nicht etwa, weil es den starren Herrschaftspunkt zu verteidigen gegolten hätte, sondern weil nicht ohne Grund befürchtet wurde, daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig würde sein können.

Aber das ist ja eben auch eine der Erkenntnisse, die der Krieg unter Schmerzen hat reifen lassen, daß in der industriellen Blüte, wie wir sie vor dem Kriege erzwungen und hoch und höher gesteigert hatten, ein gut Stück Treibhauskultur steckte. Wir sind wettbewerbsfähig geblieben, wir haben das älteste Industriefeld der Welt, vielfach geschlagen, auf Kosten der sozialen Gesundheit des Volkstörpers. Mit überreiztem Nervensystem und einseitiger Muskelspannung ist dieser Volkstörper in den Weltkrieg eingetreten, hat da wirtschaftliche und technische Leistungen vollbracht, die noch in Jahrhunderten das gerechte Staunen der Nachwelt erregen werden, ist aber schließlich doch der Ueberzahl nicht nur, sondern auch den gesünderen Nerven und der ausgeglicheneren Volkstatur der Angelsachsen erlegen. Jetzt gilt es, die deutsche Wirtschaft auf eine

neue, tragkräftige Grundlage zu stellen und ein früher vernachlässigtes Ziel, die innere Gesundheit des Wirtschaftskörpers, in den Vordergrund zu rücken. Diese Forderung wird durch den Arbeitsvertrag zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden in der Industrie, vorbehaltlos anerkannt.

Die alte Auffassung, die die Arbeiter nur nach „Händen“ zählte, ist in England, in schweren Kämpfen, schon während der ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts überwunden worden, also zu einer Zeit, wo Deutschland noch gar kein Industriestaat war, und dieser zeitliche Vorsprung der inneren Entwicklung ist mit einer der Gründe, weshalb England den Krieg gewonnen hat und wir nicht. Eine andere Krone ist allerdings die, ob Deutschland, wie es seinerzeit alle Industriestaaten der Welt mit der sozialen Versicherung überholte, sie nicht auch jetzt, England eingeschlossen und Amerika ganz gewiß, mit dem Arbeitsvertrag auf einen Schritt vorholte. Dieser Vertrag kann eine Waffe werden, die das besiegte Deutschland, ehe ein Menschenalter vergangen ist, im kühnen Wettkampf der Völker wieder an die führende Stelle bringt. Keine Schwierigkeiten der Durchführung, keine Klagen über unerträglich Belastung brauchen uns an dieser Hoffnung irre zu machen. Auch die Bismarcksche Sozialreform ist von düsteren Prognosen begleitet gewesen, sie würden den Ruin des Vaterlands zur Folge haben. Aber die deutsche Arbeiterschaft ist viel zu gereift, um ihre eigene Nährmutter, die Industrie, umbringen zu wollen. Es wird tiefgreifende Umstellungen geben, und ohne schwere und ernste Reibungen wird das gewiß nicht abgehen, aber — es wird gehen, vor allem, weil es muß, weil nur auf dieser neuen Grundlage der wirtschaftlichen Gleichberechtigung das neue Deutschland aufgebaut werden kann, das den ungeheueren Aufgaben der nächsten Zukunft gemachsen ist.

Der innere Friedensschluß in der Industrie ist die wertvolle Frucht der Revolution. Die Frucht war reif und darf mit gutem Gewissen eingebracht werden, unter der Voraussetzung: daß der Ertrag der Revolution nicht durch eine Diktatur gefährdet werde. Es wäre möglich, daß der Arbeitsvertrag in der Industrie auf dem Friedenskongress gegen mächtige Gegnerschaft verteidigt werden müßte. Er könnte nicht besser dagegen geschützt werden, als wenn ein eisiges Boll hinter ihm steht.

Ein Deutscher

Von Otto Nuppius.

„Fahren Sie fort!“ rief einer der Zuhörer, als Reichardt mit einiger Ueberrumpfung seinen Sitz verlassen wollte, „oder können Sie nicht etwas spielen, was wir kennen — etwas wie old hundred oder so?“

Reichardt wollte erwidern, aber der Geistliche kam ihm zuvor, indem er ihn den Anwesenden vorstellte.

„Mr. Nitschert — oder etwas dem ähnliches — der die Orgel spielen und uns einen tüchtigen Kirchenchor heranzubilden will.“

„Ich hoffe, Sie, Mr. Ellis wird keinen Grund finden, uns Ihrer schönen Fertigkeit zu berauben,“ sagte ein freundlicher Mann, der ihm als „Taufpate“ der Kirche bezeichnet worden war, „jedenfalls hoffe ich, Sie morgen bei unserem Gottesdienste zu sehen.“

Reichardt konnte sich nur verbeugen — der Prediger schien ihm also nicht völlig zu trauen; wenn sonst nichts seiner Existenz hier im Wege stand, so durfte er sich ruhig der Zukunft überlassen, trotz des Rufes auf der Piazza vor Kongress-Hall, den nur die Sterne gesehen und der hier schwerlich seine Wiederholung finden konnte. Er empfing an der Tür den Händedruck des Geistlichen mit einer Einladung für den morgenden Sonntag und wanderte seinem Hotel zu.

Als Reichardt später sein Zimmer betrat, holte er seine Violine heraus und begann im Ziele seinem immer noch bedrückten Herzen Luft zu machen. kaum zwei Minuten lang mochte er gespielt haben, als sich leise die Tür öffnete und Bob sich vorzüglich heranschob. Den Mund offen, die Augen starr auf den Spielenden gerichtet, blieb er stehen. Reichardt hatte ihn bemerkt, aber die Gestalt war gerade in seine Phantasien hinein, und so setzte er, ohne sich unterbrechen

lassen, sein Spiel fort, bald in weichen Tönen fliegend, bald in energischen Doppelgängen dem Schicksal Trotz bietend oder in tollen Läufen den Kampf mit ihm beginnend. Als er endlich, zur Klarheit sich hindurcharbeitend, mit einem kräftigen Schlusse geendet, blieb er vor dem regungslosen Schwarzem stehen und reichte diesem die Geige.

„Recht, Bob, laß' einmal hören, was Du kannst!“ sagte er.

„Ich kann bloß jodeln, Sir,“ sagte Bob, „vielleicht, wenn ich die Noten verständig, könnt' ich auch anderes.“

Reichardt drückte ihm das Instrument in die Hand. „Nur los, Bob!“ sagte er, „jeder tut, wie er es gelernt.“ Gravitätisch setzte er den linken Fuß vor und windschnell flog der Bogen über die Saiten, bald nur die einzelnen Noten andeutend, bald andere Saiten mitschwingen lassend, bis der Spielende mitten in sichtlichster Begeisterung plötzlich abbrach und ängstlich aufhorchte.

„Ich dachte,“ sagte er, „ich hörte Masters Stimme, er sieht's nicht gern, wenn ich jodel.“

„Aber warum dürst' Ihr nicht wenigstens hier spielen, wenn Ihr freie Zeit habt?“

„Ich hab's wohl ein bißchen zu viel getrieben, Sir,“ war die halbverlegene Antwort; „wo ich eine Geige hörte, da mußte ich hin, und des Nachts habe ich mich ein paar Mal aus dem Hause geschlichen, bloß um mit zum Tanze spielen zu können. Mr. Curry sagte, das Tanzen sei eine von den schlimmsten Sünden und seine Diensthofen sollten nicht dazu helfen; ich dürfte keine Geige mehr anschauen, wenn ich nicht zur Feldarbeit vermietet sein wolle. Ich konnte es aber doch nicht lassen, und da hat er mich hier ins Hotel gegeben, wo ich ihm mehr einbringe.“ Er schien wieder zu horchen öffnete dann leise die Tür und schlüpfte vorsichtig hinaus.

ten Morgen den Weg nach der Kirche einschlug. Eine laue, weiche Morgenluft durchwehte die sonnigen Straßen. Aus drei verschiedenen Richtungen klangen die Glöden, bald zusammen einen Akkord bildend, bald getrennt auf einander folgend, und ringsum herrschte lab-baltliche Stille, nur unterbrochen durch die einzelnen im Festtagskleide hinschreitenden Kirchengänger. Er erreichte den Chor der Kirche, während noch der schwarze Baigetreter sich hinter der Orgel abmühte, den Glödenklang zu ziehen, und nahm einen Stuhl neben der Orgelbank ein; er war neugierig, die Leistungen seines Vorgängers zu hören.

Wald begann es sich um ihn mit Damen und jungen eleganten Männern zu füllen und nach einer Weile erschien auch der alte Herr, der ihm gestern als Trustee der Kirche bezeichnet worden war, in Begleitung eines jüngeren und wandte sich, sobald er Reichardt's ansichtig wurde, nach diesem. „Sie werden uns gewiß heute eine Probe Ihrer Kunst geben,“ sagte er, „hier ist Mr. Young, der bisher den Gesang mit seinem Spiele begleitet hat; er wird Ihnen in allem Auskunft geben, und ich es Ihnen recht, so mögen Sie gleich mit einer Einleitung beginnen.“

Reichardt hatte sich erhoben und verbeugte sich, dann fiel sein Blick auf den jungen Mann, und ein lächerliches Lächeln, das ihn durchdringen zu wollen schien, begegnete dem feingigen. „Ich werde Ihnen sehr dankbar für Ihre Unterstützung sein!“ sagte Reichardt höflich, aber mit ein kaltes, helles Lächeln antwortete ihm.

„Ehoh“ die ersten Akkorde des Anfanges ließen alle Köpfe nach Reichardt wenden und er hörte das Flüstern um sich, das jedenfalls die Erfindungen nach dem Spieler herdarriefen. Nach dem Spiele begann der Prediger und Reichardt sah seine ganze Umgebung auf die Arme sinken; er wußte nicht, ob er durch eine Teilnahmslosigkeit nicht Anstoß erregen werde und schlüpfte daher leise

Die Umwälzung im Reich.

Die Wahl der Nationalversammlung.

Berlin, 27. Nov. Für die Wahlen zur Nationalversammlung sollen 40 Verhältniswahlbezirke (die größten Städte) vorgesehen sein, in denen auf je 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Zu den Scheidemannschen Vorschlägen wird in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ geschrieben: Man könnte sie nach einer Richtung hin noch weiter vereinfachen, wenn die eingereichte Liste der Parteien von jeder für sich gedruckt und den Agitatoren der Parteien zur Verteilung an die Wählerschaft zugestellt würde. Man müsse mit der Ungewandtheit namentlich ländlicher Wähler rechnen, die es oftmals veräumen würden, die von ihnen gemeinte Liste zu unterstreichen und so würde eine erhebliche Anzahl von ungültigen Stimmen herauskommen, was doch sicherlich nicht im Interesse dieser ersten Wahl im neuen Deutschland sein würde.

Gegner gegen Zoll.

München, 27. Nov. Auf den Protest des Staatssekretärs Zoll gegen die Veröffentlichung der diplomatischen Schriftstücke hat Präsident Eisner Bescheid mit den gegenwärtigen Vertretern des künftigen Amtes abgehört.

Berlin, 27. Nov. Die Veröffentlichungen der Meinungen des Herrn von Schön an die bayerische Regierung durch den Präsidenten Eisner soll auf Veranlassung des neuen Vertreters Bayerns in Bern, Prof. B. Förster geschehen sein.

Die Friedensbemühungen.

Berlin, 27. Nov. Die Wiener „Neue Freie Presse“ hatte mitgeteilt, im Frühjahr 1918 habe ein Friedensgespräch (von Verbandseite) vorgelegen. Dazu bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Quelle dürfte dem Verbant nahe stehen. Es liegen allerdings Anhaltspunkte vor, daß im Frühjahr 1918 unverbindliche Besprechungen zwischen Vertretern des Verbands und der damaligen Donaumonarchie eingeleitet worden waren. Diese Fühlungnahme wurde aber auf deutscher Seite so aufgefaßt, daß sie darauf hinzielte, Oesterreich-Ungarn zu einem Sonderfrieden zu verleiten und dem deutschen Bündnis abtrünnig zu machen. Die nächste Zeit dürfte nach Sichtung des einschlägigen deutschen Aktenmaterials voraussichtlich Aufschluß darüber erbringen, ob durch die wiederholten deutschen Friedensangebote auf feindlicher Seite in der Tat ähnliche Bemühungen hervorgerufen wurden und woran sie in diesem Fall gescheitert sind.

Die Feinde wollen in Deutschland einmarschieren.

Berlin, 27. Nov. Englische, französische und italienische Mütter fordern jetzt einmütig, die Alliierten müssen in Deutschland einrücken und die bolschewistischen Zustände beseitigen, wie es jetzt in Rußland bevorsteht, wenn Deutschland aus den russischen Zuständen durchaus nichts lernen wolle. Marshall Foch hat nach dem „Matin“ erklärt, daß er den Protestnoten der deutschen Regierung keine Folge geben werde. (Italienische Blätter melden, an dem Vormarsch auf Moskau werden außer 500 000 Engländern auch 250 000 Italiener teilnehmen.)

Sprennung des Reichs?

Haag, 26. Nov. Der „Nieuwe Courant“ schreibt, die Entente arbeite bereits an einem Sonderbund aus den südlichen und den rheinischen Gebieten Deutschlands. Wenn Berlin diesen Umständen nicht Rechnung trage, werde man bald vor unumkehrlichen Ereignissen stehen. Aus der neuen Lansing-Note löne man heraus lesen, daß die Förderung bolschewistischer Grundsätze nur zur Erhöhung des Glanzes im deutschen Volke beitrage.

Berlin, 26. Nov. In der heutigen Sitzung des Volkstagsrats wurden gegenrevolutionäre Bestrebungen gewisser militärischer Stellen zur Sprache gebracht, gegen die umfassende Gegenmaßnahmen im Verein mit der Reichsregierung getroffen werden müssen. Gewissen S. Räten, in denen feudale Offiziere die Führung haben, sei die größte Aufmerksamkeit zu schenken und ihnen entgegenzuwirken. An die zurückkehrenden Truppen sollen geeignete Flugblätter verteilt werden. Eine weitere Entschloßung wandte sich gegen die Schmarotzer der Revolution. Die A- und S-Räte sollen aufgefordert werden, schleunigste Maßnahmen gegen die unehelichen Heeresangehörigen und die Hebler zu ergreifen.

Berlin, 27. Nov. Die Vertreter von 500 000 Mann der Westfront und 360 000 Mann der Ostfront haben dem Volkstagsrat in Berlin eine Entschloßung übergeben, daß die einseitige Zusammenstellung des Berliner Volkstagsrats keine Gewähr biete, daß die Interessen der Gesamtheit richtig vertreten werden. Sie verlangen unverzügliche Einberufung des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte und die Aufassung der Beauftragten der Ost- und Westfront. Vier Vertreter der Ostfront blieben in Berlin, um von jetzt an beim Auswärtigen Amt, beim Kriegsministerium und beim Volkstagsrat die Interessen der heimkehrenden Kameraden wahrzunehmen.

Wilhelmshöhe, 27. Nov. Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung (S. R. bei D. H. L.) tritt dem Verbot entgegen, als ob er nur ein nach den Weisungen der Obersten Heeresleitung arbeitendes Scheingebilde sei. Der S. R. habe auf den 1. Dezember einen Vertretertag der Front-Soldatenräte nach Bad Ems einberufen, wo festgestellt werden soll, daß der S. R. bei D. H. L. die aus geheimen Wahlen hervorgegangene Vertretung der anfangs November im Hauptquartier anwesenden Truppen (15 000 bis 20 000 Mann) darstelle, die bei Entschloßung der Revolution der Obersten Heeresleitung die entscheidende Erklärung abgegeben habe, daß alle Truppen des Hauptquartiers begeistert den sozialen demokratischen Freistaat begrüßen. Nicht ein einziger Soldat im Großen Hauptquartier werde gegen die Volksgenossen die Waffen erheben. Dagegen seien alle bereit, mitzuwirken, daß der Heeresorganismus beim Heimmarsch

nicht in verhängnisvolle Auflösung veralle. Die Erklärung ist unterzeichnet: Obermatrose Antzberger, Sergeant Dahme, Pionier Müller, Vizewachmeister Stein, Unteroffizier Wederle.

Der S. R. bei D. H. L. hat ebenso wie viele andere Soldatenräte gegen die Diktatur einer Berliner Minderheit protestiert und die Einberufung der Nationalversammlung verlangt.

Gegen den Kaiser.

London, 26. Nov. Reuters erfährt, das Kriegskabinet habe den Rechtsberatern der Krone den Auftrag gegeben, über die Frage der jetzigen Stellung des Kaisers und über die Behandlung des Falles Bericht zu erstatten.

Ludendorff in Schweden?

Frankfurt a. M., 27. Nov. Die „Frankf. Ztg.“ meldet, General Ludendorff sei nach Schweden abgereist.

Die Ersten in München.

München, 27. Nov. Von einer riesigen Menschenmenge jubelnd begrüßt ist heute nacht um Mitternacht das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen.

Die Armee Madensien entwaffnet?

Budapest, 26. Nov. Die ungarische Regierung hat vom Oberkommandanten der alliierten Orientarmee, General Franchet d'Esperey, ein Funkentelegramm erhalten, in dem er darauf hinweist, daß die für den Abzug der deutschen Truppen in Ungarn vorgesehene Frist am 19. 11. abgelaufen sei und daher die Entwaffnung und Internierung der zurzeit noch in Ungarn befindlichen deutschen Truppen erforderlich wäre. Es sind neue Verhandlungen aufgenommen worden. Feldmarschall Madensien wird im Sinne der von der deutschen Volksregierung getroffenen Entscheidung handeln.

Kiew, 26. Nov. Im Einvernehmen mit dem großen deutschen Soldatenrat in Kiew gingen Abteilungen deutscher Truppen ab, um die Eisenbahnlinie Kiew-Bastow von aufständischen Banden zu säubern.

Paris, 27. Nov. (Reuter.) Ein alliierter Geschwader von 5 Schlachtschiffen, 2 Kreuzern und 9 Zerstörern unter dem Befehl des englischen Admirals Calhorne fuhr am 25. Nov. nach Sebastopol ab. 1 Kreuzer, 2 Zerstörer und 1 Unterseeboot waren dem Geschwader vorausgefahren.

Der Ernst der Lage.

Berlin, 26. Nov. Die „Germania“ schreibt: In den Ernährungsverhältnissen haben bei uns geradezu schreckliche Verhältnisse eingerissen. Getreide und Lebensmittel sind in einem Maße erschöpft, daß bis Ende Dezember zureicht. Die täglichen Zufuhren betragen ungefähr ein Viertel des normalen Bedarfs, so daß wir direkt vor einer Katastrophe stehen. Die bis dahin herangeschafften Vorräte reichen längstens bis 10. Januar. Dazu kommt die gefährliche Lage auf dem Kohlenmarkt. In Braunschweig hat der Arbeiter- und Soldatenrat verfügt, daß die Arbeiter sämtliche Gemüselieferanten unter sich verteilen. Ein ähnlicher Vorgang wird aus Hamburg gemeldet, wo die Tran- und Fettlager allgemein zur Verteilung gebracht wurden. Die Regierung hat geglaubt, mit Worten diesem verbrecherischen Vorgehen Einhalt tun zu können; genügt hat es nichts. Gegenwärtig sucht jeder Einzelne, der an der Gewalt sitzt, soviel für sich zu gewinnen wie irgend möglich und sichert sich die Vorräte.

Berlin, 27. Nov. Infolge der Kohlenknappheit wird aus Anlaß der Demobilisierung die Polizeistunde für sämtliche Gast- und Schankwirtschaften auf 9 Uhr festgesetzt.

Deutsche Kohlen für Frankreich und Italien.

Basel, 27. Nov. Die französische Regierung verlangt zur sofortigen Betriebsaufnahme der Lothringer Erzgruben die Lieferung von rheinisch-westfälischen Kohlen. Frankreich hat aber selbst durch den Anspruch auf die Kontrollierung der Rheinschifffahrt den Abverkauf an einigen Stellen ausgeschaltet. Zwischen Frankreich und Italien sind Verhandlungen im Gange, daß aus dem Saargebiet an Italien über die Schweiz Kohlen geliefert werden.

Wilson nach Deutschland eingeladen?

Berlin, 27. Nov. Der „B. V. N.“ will wissen, daß von einflussreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt werde, von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson zu richten, auch Deutschland oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zu der Friedenskonferenz nach Europa begeben würde.

Ausschaltung der Tauchboote im Handelskrieg.

London, 27. Nov. Die „Times“ melden, die amerikanische Friedenskommission werde für die völkerrechtliche Ausschaltung der Unterseeboote als Waffe gegen die Handelsflotte eintreten.

London, 27. Nov. „Daily Mail“ meldet: Die Behauptung Eisners, daß die Verbündeten auch mit Arbeiter- und Soldatenräten verhandelt werden, ist grundlos. Die Verbündeten werden die russischen Räte beseitigen und eine Fortsetzung der Gewalt Herrschaft in Deutschland mit den Waffen brechen.

Nach „Daily Chronicle“ erhielten die englischen Besatzungstruppen den Befehl, beim Vorrücken in Deutschland überall die Arbeiter- und Soldatenräte festzunehmen und die örtlichen Behörden wieder einzusetzen.

Paris, 27. Nov. „Matin“ berichtet, die französischen Befehlshaber werden in den besetzten Gebieten gegen alle Werber für die Arbeiter- und Soldatenräte als militärisch feindliche Vereine die Waffen gebrauchten lassen.

Paris, 27. Nov. Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover ist in Paris eingetroffen.

Englische Kriegsrüstungen.

Washington, 27. Nov. (Reuter.) Das amerikanische Schiffskomitee wurde in Kenntnis gesetzt, daß das

britische Programm 24 Dreadnoughts (die größte Art der Schlachtschiffe. D. Schr.) umfasse, deren Bau 1920 vollendet sein soll. Der Bau von 19 Dreadnoughts ist bereits vollendet und drei weitere sind nahezu fertiggestellt. 350 neue Torpedobootzerstörer wurden der Flotte schon angegliedert, teilweise werden sie bis 1920 noch hinzugefügt, ebenso 350 Unterseeboote-Züger, 112 Patrouillenschiffe, etwa 10 Unterseeboote, 50 Minensucher und 25 Schlepper. Die britische Kriegsmarine umfaßt somit heute ungefähr 14 000 T. S. S., darunter einige in A. L. G. - Rüstung umgewandelte Handelsdampfer, die aber ausgeschaltet werden sollen.

London, 26. Nov. (Reuter.) Bonar Law sagte in einer Rede in Glasgow, er erwarte, daß ein besseres Verhältnis zwischen England und den Vereinigten Staaten hergestellt werde als es irgend früher bestanden habe. England habe den Alliierten 20 Milliarden M. geliehen. Ohne diesen finanziellen Beitrag Englands würde der Sieg der Alliierten unmöglich gewesen sein. Es war ein großes Risiko. Kurz bevor Amerika am Kriege teilnahm, war das Risiko derart, daß kein vorsichtiger Kaufmann es hätte auf sich nehmen können.

Wilson's Ziele.

Köln, 27. Nov. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Bern: Nach der Chicagoer „Tribune“ hat Wilson fünf große Ziele im Auge: 1. den Völkerbund; 2. die Abrüstung; 3. die Freiheit der Meere; 4. eine gerechte Behandlung des deutschen Volkes; 5. Hilfe für Rußland. Wie die „Evening World“ aus Washington meldet, glaubt man dort, daß Wilson zum ersten Präsidenten des Völkerbundes gewählt werde.

Berlin, 27. Nov. Der preussische Justizminister Spahn (Ztr.) hat sein Entlassungsgesuch eingereicht; er soll durch Rosenfeld (Unabh.) und Deine (Soz.) ersetzt werden. Auch der Rücktritt des Staatssekretärs Sohl ist nach der „Freiheit“ zu erwarten.

Einspruch der Deutsch-Tiroler.

Innsbruck, 25. Nov. Der Präsident des tiroler Nationalrats, Schraffel, hat in einem Schreiben an Wilson gebeten, er möge gemäß seines Grundgesetzes der Selbstbestimmung der Völker die Sicherheit schaffen, daß Südtirol nicht ohne Volksabstimmung von dem Verband Tirol abgetrennt werde.

Sozialistische Reformen in Holland.

Haag, 26. Nov. Der Ministerpräsident hatte mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des niederländischen Gewerkschaftsbunds eine Besprechung. Die Abordnung verlangte weitgehende Fürsorge für die Demobilisierten, Sozialisierung der Betriebe und politische Umwandlungen. Der Minister äußerte sich entgegenkommend.

Unruhen in Chile?

Lima, 26. Nov. (Havas.) Sehr ernste Unruhen sind in den Häfen von Iquique und Pisagua in der Provinz Tarapaca ausgebrochen. Das Eigentum zahlreicher Peruaner wurde geplündert. Auch in Antofagasta haben Kundgebungen stattgefunden. Peru hat seine Konsuln aus Chile abberufen. Nach der „Times“ ist in Valparaiso am Samstag ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. In Santiago de Chile forderte eine Massenversammlung Maßregeln zur Ermäßigung der Lebensmittelpreise.

Der Streitfall zwischen Chile und Peru ist beigelegt worden.

Klagenfurt, 25. Nov. Den „Freien Stimmen“ zufolge ist Kosjegg von südslavischen Truppen besetzt worden.

Die Rumänen gegen Ungarn.

Budapest, 25. Nov. Der Anmarsch größerer rumänischer Truppenverbände über die östliche Grenze Ungarns ist in vollem Gange. Am Sonntag nachmittag ist das rumänische 13. Korpskommando 2000 Mann stark mit Stab in Ghergovo Toelghoes einmarschiert.

Der Grundbesitz des ungarischen Episkopats.

Budapest, 25. Nov. Die ungarischen katholischen Bischöfe mit dem Fürst Primas Csernoch an der Spitze richteten an den Ministerpräsidenten Grafen Karolyi ein Schreiben, in dem sie erklärten, daß die Kirche zur Verwirklichung der demokratischen Besitzreform ihren hierzu geeigneten Grundbesitz der Regierung zur Verfügung stelle.

Die Engländer im Schwarzen Meer.

Kiew, 25. Nov. Ein englisches Torpedoboot ist in Sebastopol eingetroffen. Morgen wird die englische Flotte dort erwartet. Odesa und Charlow sollen von Ententetruppen besetzt werden. Die Entente hat den deutschen Geschäftsträger in Kiew wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der durch den Vertrag geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verpflichtet erachte, die Ordnung und Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten.

Die Engländer gegen den Bolschewismus.

London, 26. Nov. „Daily Mail“ meldet, 500 000 Engländer seien auf dem Marsch gegen Rußland, um den Bolschewismus kriegsgerichtlich zu erledigen. (Trotzly hat bekanntlich abgedankt. D. Schr.)

Belgien und Luxemburg.

Köln, 26. Nov. Nach der „Köln. Ztg.“ wurde in einer Beratung der belgischen Senatoren ausgeführt, wenn die Verbündeten Belgien die Einverleibung Luxemburgs vorschlagen sollten, so sei dieses Angebot anzunehmen.

Die Uebergabe der deutschen Flotte.

Paris, 26. Nov. Aus London wird dem „Petit Parisien“ telegraphiert: Die Uebergabe der großen deutschen Flotte ist eine vollendete Tatsache. Das große Opfer ist vollbracht. Das mächtige Deutschland, dessen Zukunft auf dem Wasser lag, das Milliarden für seine Flotte ausgegeben hatte, damit diese der gewaltigen britischen Marine die Stirne

vieren tönte, ist an Admiral Beatty ausgeliefert worden. Um 9 Uhr 30 vormittags fand dieses in der Geschichte einzig dastehende Ereignis statt. Die Uebergabe erfolgte an einem Punkte, der etwa 40 Meilen östlich der Insel Man, gegenüber der Einfahrt zum Firth of Forth lag. Um 3 Uhr morgens waren die englischen, amerikanischen und französischen Schiffe, welche am Eingang der gewaltigen Bucht von Rosyth lagen, alarmiert worden. Am Vorabend hatte das englische Königspaar eine Parade dieser Schiffe abgenommen. Rasch wurden die Anker gelichtet und die Schiffe verließen eines nach dem andern ihre Ankerplätze, um die hohe See zu gewinnen. Eine Stunde lang dauerte die Vorbesfahrt. Bei Tagesanbruch besaßen sich die gewaltigen englischen Schlachtschiffe, denen sich eine Unmenge Zerstörer anschloß, an der bezeichneten Stelle, wo sie sich in langer Doppelreihe aufstellten, um die zur Uebergabe bestimmten Schiffe zwischen sich vorbeifahren zu lassen. Vierhundert Schiffseinheiten waren hier beisammen. Niemals hat die Geschichte eine soartige Flotte zusammen gesehen. Großbritannien allein hatte 30 Panzerschiffe und 10 Schlachtkreuzer, Dreadnoughts und Ueber-Dreadnoughts, sowie etwa 20 leichte Kreuzer, die fast alle vor dem Admiralschiff aufgestellt waren, zusammengezogen.

Besondere Beachtung verdienen die Kreuzer „New-mow“, „Roepuse“, und „Glorious“, deren Bewaffnung auf sechs ungeheure Geschütze reduziert ist, und deren leichte Panzerung eine solche Fahrgeschwindigkeit ermöglicht, daß sie in Wahrheit als die Beherrscher der See gelten können. Beachtenswert waren auch etwa 180 Zerstörer, von denen viele eine bisher nie erreichte Geschwindigkeit und eine mächtige Artillerie besaßen. Damit sind aber noch nicht alle Schiffe aufgezählt. Den Ehrenplatz hatten die amerikanischen Ueberkreuzer „Wyoming“, „Texas“, „Arkansas“, „Florida“, und „Newyork“, und hierzu kam noch die französische Schiffsdivision, bestehend aus den Schiffen „Venceigne“, „Roug“ und „Roug Madon“, sowie „Admiral Aube“. Um allen Ueber-raschungen, die nicht wahrscheinlich, immerhin aber möglich waren, vorzubeugen, standen die Schiffe der Alliierten in Gesehtsbereitschaft, die Bedienungsmannschaft der Artillerie stand an den Geschützen und alles war zur sofortigen Bedienung derselben bereit.

Gegen 9 Uhr wurde aus der Ferne das erste feindliche Panzerschiff gemeldet. Das deutsche Geschwader war in drei Gruppen gebildet: an der Spitze der Panzerschiffe fuhr „Friedrich der Große“ mit der Flagge des Kontreadmirals v. Heutter. Zu dieser Gruppe gehörten u. a. auch die Schiffe „Kaiser“, „Kaiserin“, „König Albert“, „Kronprinz“, „Prinz Vuitpold“, sowie „Großer Kurfürst“. Hierauf folgten die Schlachtkreuzer unter der Führung des Schiffes „Seydlitz“ mit der Flagge des Kommandanten Tagert. Zu dieser Gruppe gehören „Derfflinger“, „Von der Tann“ und „Gindeburg“. Schließlich folgten die Kreuzer, denen als Flaggschiff des Kommandanten Garder das Schiff „Karl-sruhe“ voranzufuhr. Dem Flaggschiff folgten „Köln“, „Frankfurt“, „Emden“, „Münsterberg“ und „Bremen“.

Pfötzlich erging von dem englischen Admiralschiff „Queen Elizabeth“ ein Befehl. Der englische Admiral befahl den großen deutschen Schiffen hintereinander vorbeizufahren, zuerst die Schlachtkreuzer, dann die Panzerschiffe mit je drei Knoten Abstand und endlich in einem Abstand von drei Meilen die Gruppe der leichten Kreuzer. Der Befehl wurde sofort ausgeführt. Als der erste Schlachtkreuzer an der Spitze der unendlich langen Reihen der alliierten Schiffe eingefahren war, löste sich der englische Kreuzer „Cardiff“ unter dem Befehl des Admirals Sinclair aus der Reihe der alliierten Schiffe los und setzte sich an die Spitze der deutschen Schiffe.

Nun begann die Vorbesfahrt der Besiegten. Es herrschte tiefe Stille. Das Schauspiel war bedrückend und überwältigend zugleich. Jedes vorbeifahrende Schiff wurde sofort von alliierten Schiffen umringt und mußte wie ein Uebeltäter zwischen zwei Gendarmen die Fahrt nach der Bucht von Lagow im Firth of Forth fortsetzen. Im Firth of Forth wurden die übergebenen Schiffe der Deutschen gesammelt. Dort wird jedes der feindlichen Schiffe einer genauen Untersuchung unterzogen. Die deutsche Flotte bleibt bis nach beendeter Untersuchung unter der Obhut der alliierten Flotte vor Anker, um dann nach Scapa Flow zu fahren, wo sie endgültig interniert wird.

Nach beendeter Durchfahrt löste sich plötzlich auf jedem der britischen Schiffe eine ungeheure Beifallsstürze zu Ehren von Beatty und Admiral Graflet. Die englischen Besatzungen sangen die „Marseillaise“.

Baden.

Politische Vorgänge in Baden.

(-) Karlsruhe, 27. Nov. Die Landesorganisation der Fortschritt. Volkspartei in Baden ist mit ihren 123 Ortsvereinen geschlossen der neuen Deutschen Demokratischen Partei beigetreten. — In einer Versammlung des nationallib. Vereins in Baden-Baden äußerte sich Landtagsabg. Adolbin unter Zustimmung der Versammlung im Sinne einer Einigung der liberalen Parteien, die zwar für das Reich sich zerschlagen habe, aber für Baden noch zustande kommen könne.

Die sozialdem. Partei und die Unabh. Sozialdemokraten hielten in den letzten Tagen getrennt Versammlungen ab. In der soz. Versammlung wandte sich Justizminister Marx in gegen den Terror der Berliner Spartakusgruppe und begründete das Zusammenarbeiten seiner Parteigenossen mit bürgerlichen Elementen in der vorläufigen Volksregierung. — In der Versammlung der Unabhängigen forderte der Minister für militärische Angelegenheiten, Bräumer, daß jene Männer, welche das große Unglück über Deutschland heraufgeschworen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Im Treiben der Berliner Spartakusleute müsse Gehalt getan werden, sonst belämen wir keinen Frieden. Der Vertreter der Mannheimer Unabhängigen, Kemmle, sagte, eine Einigung zwischen den beiden sozialistischen Parteien sei nur möglich, wenn sich die Rebr-

sten auf den Boden der alten Internationale stellten. In einer Regierung mit Sozialdemokraten und Bürgerlichen würden sich die Unabhängigen nicht beteiligen.

(-) Karlsruhe, 26. Nov. (Zur Neugestaltung des badischen Schulwesens.) Der Vorstand des badischen Lehrervereins hat eine Eingabe an das Unterrichtsministerium gerichtet, in welcher er ausführt, daß die Neugestaltung des öffentlichen Verhältnisses auch eine Neugestaltung des Schulwesens erfordert. Der bad. Lehrerverein stellt zu diesem Zweck folgende Forderungen auf: 1) das gewerbliche und Fachschulwesen, das heute dem Ministerium des Innern unterstellt ist, soll als Teil des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens dem Unterrichtsministerium zugeteilt werden; 2) der Einheitspädagogik ist durchzuführen; 3) ohne Verzug ist ein Volksschullehrer als vollberechtigtes Kollegialmitglied in das Unterrichtsministerium zu berufen; 4) tunlichst bald ist mit der Bearbeitung eines Schulgesetzes zu beginnen, das die Verhältnisse des gesamten Schulwesens auf eine feste, neuzeitliche Grundlage stellt. Bei der Bearbeitung dieses Schulgesetzes sind auch Lehrvertreter der verschiedensten Schulgattungen heranzuziehen.

(-) Karlsruhe, 27. Nov. Der Durchmarsch der Truppen hielt am Sonntag und Montag ununterbrochen an. Es geht alles ordnungsgemäß vor sich.

(-) Karlsruhe, 26. Nov. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben ihren Betrieb nicht, wie zunächst vorgesehen war, am Samstag geschlossen, sondern beschäftigen die Arbeiter noch weiter. Allerdings sind die Nacht- und Sonntagsschichten weggefallen. Der Achtfundentag wurde eingeführt.

(-) Mannheim, 26. Nov. Im hiesigen Kriegsgefangenenlager hat sich ein bedauerlicher Vorfall zugegetragen. Ein deutscher Wehrmann machte, angeblich weil er von Gefangenen genetzt und mit Steinen beworfen worden sei, von der Schutzwaffe Gebrauch, wodurch zwei Gefangene so schwer verletzt wurden, daß sie starben. Im Lager entstand eine große Aufregung, die in eine Meuterei auszuarten drohte. Den besonnenen Elementen auf beiden Seiten gelang es jedoch, bald wieder die Ruhe herzustellen.

(-) Pforzheim, 27. Nov. Während hier Truppen durchzuführen, wollte ein Knabe auf ein Geschütz klettern; er stürzte ab und wurde überfahren und getötet.

(-) Kenzingen, 26. Nov. Die Rheinbrücke bei dem Dorfe Weisweil ist seit dem 21. Nov. von Franzosen besetzt. Als von deutscher Seite gegen dieses ungerechtfertigte Vorgehen protestiert wurde, gab der französische Offizier die Antwort, er habe Befehl dazu. Außerdem ließen die Franzosen verkünden, daß sie auf jeden deutschen Soldaten schießen werden, der sich mit roter Schleife ohne Fahne sehen ließe. An der Brücke bei Sasbach (Breisach) wurde auch auf deutscher Seite die Tricolore aufgefahnen, da die ganze Brücke kassisch ist.

(-) Konstanz, 27. Nov. Wie aus Kenzingen berichtet wird, haben die Kohlenzufuhren aus Deutschland nach der Schweiz vollständig aufgehört.

ep. Junere Mission. Der Zentral-Ausschuß für Junere Mission richtet an alle ihm angeschlossenen Vereine und Verbände einen Aufruf: „Auf keinen Fall dürfen wir das Bewußtsein unserer Volksgemeinschaft jetzt verlieren. Keiner von uns darf gekränkt oder grollend zur Seite treten. Die Not wird erst anheben. Wie müssen uns zur Verfügung stellen, wo und wie man uns brauchen kann. Männer und Frauen müssen Hand mit anlegen. Die Männer, die vom Felde zurückkehren, sollen ein wahres Gesellschaftsleben zu Hause finden, ein Gemeinleben voll Liebe. Unseren Frauen wollen wir helfen, daß sie in der Gemeinde auch in Zukunft freudige Mitarbeit leisten. Wir müssen in vielem umdenken lernen, aber wir wollen dazu willig sein.“

Württemberg.

(-) Stuttgart, 27. Nov. (Arbeiterrat.) Am Dienstag nachmittag wurde in der Tagung des Stuttgarter Arbeiterrats der Aktionsausschuß gewählt. Drei verschiedene Fettel waren ausgegeben. Gewählt wurden 8 Mehrheitssozialisten (155 Stimmen), 4 Unabhängige und Spartakusleute (90 Stimmen) und 3 Vertreter der geistigen Arbeiter (65 Stimmen). Die Entscheidung der Mehrheitssozialisten, die anspricht, daß die prov. Regierung das oberste Organ der Republik Württemberg sei und daß die Arbeiter- und Soldatenräte Organe der neuen Volksregierung seien, wurde mit 200 Stimmen angenommen. Für die abgelehnte Resolution der Radikalen wurden 76 Stimmen abgegeben. Letztere verlangte, daß die Revolution über ihre bisherigen kümmerlichen Ergebnisse hinausgetrieben werden müsse, alle gegenrevolutionären Mächtschaften seien schrittweise zu unterdrücken und die gesamte politische Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zu legen. Die Nationalversammlung sei nur ein Mittel, von diesem Ziel abzulenken, die Arbeiterklasse sei nur durch Radikallämpfe zu befreien. Die kapitalistische Klassenherrschaft müsse ausgerottet werden.

Der Arbeiterrat beschloß weiter eine Erklärung, die sich für eine einheitliche deutsche sozialistische Republik (gegen das Weiterbestehen der Selbständigkeit der Bundesstaaten) ausspricht. Alle Parks und Schlösser seien zum Volkseigentum zu erklären und als Erholungsheime und dergl. zu benützen. Ein Antrag, die großen Mäher zu beschlagnahmen und die kleinen Wäher unter die Kontrolle der Arbeiter- und Boncräte zu stellen, wurde dem Aktionsausschuß überwiesen. Die Beschlüsse der Tagung des Arbeiterrats sollen in allen Stuttgarter Tageszeitungen im reaktionellen Teil, d. h. unentgeltlich, veröffentlicht und das Stadt. Amtsblatt außer dem „Neuen Tagblatt“ und der „Schwäb. Tagwacht“ und dem „Sozialdemokrat“, dem Blatt der Unabhängigen, beigelegt werden. Alle bürgerlichen Stuttgarter Tageszeitungen dürfen nur einmal täglich mit höchstens 6 Seiten erscheinen. Sodann gelangte noch eine von den Radikalen beantragte Resolution zur Annahme,

in welcher volle Solidarität mit den Arbeiterräten in Russland und der Randstaaten ausgesprochen und protestiert wird gegen die blutigen Mäher deutscher Truppen gegen die revolutionären Arbeitermassen in der Ukraine und in Estland. Zur Annahme gelangte dann noch eine weitere Resolution zugunsten des Sechshundentags und der Gewährung von Mindestlöhnen, die den jetzigen Verhältnissen entsprechen.

(-) Heilbronn, 27. Nov. (Einbruchsdiebstahl.) Bei der Konfektionsfirma C. F. Stäble in der Lohortstraße wurden Waren, insbesondere Seidenstoffe und Blusen im Werte von circa 80000 Mk. gestohlen.

(-) Heilbronn, 27. Nov. (Bedrohung der Pressefreiheit.) In der Redaktion der „Unterländer Volkszeitung“ erschien eine Abordnung des Arbeiter- und Bauernrats und erklärte, für das Leben und Gut des Redakteurs Hermann könne man nicht mehr garantieren, wenn in dem Blatt weitere feindliche Artikel gegen die Revolution erscheinen. — Nicht übel!

(-) Von der Enz, 27. Nov. (Gold für die Industrie.) Die Bemühungen der Edelmetallindustrie in Pforzheim, Hahnau und Gmünd, von Berlin Gold für die Fortführung der Goldwarenfabriken zu bekommen, scheinen endlich Erfolg zu haben. Hier traf privatim die Nachricht ein, daß die Reichsregierung zunächst wenigstens für Auslandswaren Gold übergeben wolle.

(-) Neuenbürg, 27. Nov. (Ertappt.) Eine Diebesfamilie in Unterlengenhardt, die in letzter Zeit die umliegenden Ortschaften und besonders auch die Liegehallen der Schönberger Kurgäste geplündert hat, ist jetzt in Pforzheim beim Verkauf der gestohlenen Decken und Lebensmittel ertappt worden. Die gestohlenen Decken sollen allein mehrere Tausend Mark wert sein.

(-) Schramberg, 27. Nov. (Requiriert.) Von der hier einquartierten sächsischen Artillerie holte sich ein Landwirt aus einer Nachbargemeinde ein Pferd aus dem Stalle und nahm es mit nach Hause. Da er jedoch bald entdeckt wurde, wird ihm das Requirierten teuer zu stehen kommen.

(-) Tuttlingen, 27. Nov. (Bürgeretat.) Dieser Tage wurde in einer Versammlung der bürgerlichen Parteien ein aus 16 Mitgliedern bestehender Bürgeretat gebildet.

(-) Vörsch, 27. Nov. (Bauern- und Bürgeretat.) Hier wurde ein Bauern- und Bürgeretat gegründet, der sich aus zwei Vertretern des Bundes der Landwirte, zwei Nationalliberalen und zwei Fortschrittler zusammensetzt.

(-) Ulm, 27. Nov. (Parteiversammlung.) In einer außerordentlich stark besuchten Volksversammlung sprach heute der frühere Staatssekretär Hausmann. Er führte u. a. aus, der Bolschewismus sei das Gegenteil der Demokratie, eine andere Form zärischer Gewalt Herrschaft. Das Volk habe jetzt in der Verteidigung der wahren Freiheit die große Gelegenheit, ihr Schöpfer zu werden. Die Sozialdemokratie sei sich ihrer historischen Aufgabe, den demokratischen Staat zu erobern und zu schützen, bewußt und die bürgerliche Demokratie werde mit allen ehrlich denkenden Liberalen dabei mitarbeiten.

(-) Stuttgart, 25. Nov. (Vom Arbeiterrat.) Unter dem Vorsitz des Genossen Jernide von der alten Sozialdemokratie und des Genossen Unfried von den Radikalen tagt gemündigt im Gustav Siegle-Haus der Stuttgarter Arbeiterrat. In seiner Begrüßungsrede teilte der württemb. Ministerpräsident Los mit, daß das Wahlgesetz für die Landesversammlung in Württemberg bereits fertiggestellt sei und daß es schon veröffentlicht worden wäre, wenn nicht zwei Mitglieder der Regierung gegenwärtig in Berlin weilten. Demnächst werden zwei aus Gelehrten und Arbeitern bestehende Kommissionen zusammentreten, um eine Verfassung für Württemberg und über die Weiterführung der Frage der Sozialisierung zu beraten. Bei der Erstattung des Berichts durch den Vorsitzenden Unfried kamen die Gegenstände innerhalb der Sozialdemokratie und des Arbeiterrats zum vollen Durchbruch. Aus dem Bericht über die Geschichte der Revolution erzählt man unter anderem, wie der Arbeiterrat sich ein Organ zu schaffen suchte, wie dabei die „Württembergische Zeitung“ verewaltigt wurde, ist bekannt. Es wurde auch gefordert, die zweimaligen Ausgaben der beiden Zeitungen „Neues Tagblatt“ und „Schwäb. Merkur“ zu verbieten. In Kiel, so wurde weiter bekannt, sind bereits die Banken von den bolschewistisch Gesinnten beschlagnahmt worden. Die Redner seider Richtungen, der Radikalen und der gemäßigten Sozialdemokratie, bekämpften sich aufs schärfste.

Als oberste Stelle des württ. Heereswesens wurde der „Landesausschuß“ gewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen: Fischer-Stuttgart, Leiter des Kriegswesens; Wider-Ulm, 1. Vorsitzender und Propaganda, Schäßler-Gmünd, 2. Vorsitzender und Propaganda; Unse-Ludwigsburg, Bevollmächtigter b. stellv. Generalkommando XIII. A. K., Wollbold-Heilbronn, Bevollmächtigter beim Arbeitsministerium; Schindler-Münzingen, Auskunftserteilung im Hauptgeschäftsraum; Rotter-Weingarten, Geschäftsführer.

(-) Stuttgart, 26. Nov. (Bereitschaft.) Erhöhte Bereitschaft war nach der „W. Z.“ für die Stuttgarter Garnison am letzten Sonntag angeordnet.

(-) Stuttgart, 26. Nov. (Offiziersversammlung.) Eine Versammlung von Offizieren beschloß, die Regierung, soweit sie die Ordnung aufrecht zu erhalten und für das ganze Volk zu sorgen bestrbt ist, zu unterstützen. Es wurde ein Ausschuß von 6 Herren gebildet, der die Standesinteressen vertreten soll.

(-) Stuttgart, 26. Nov. (Württemberg in Odeffa.) Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Bei der 7. württ. Landwehr-Division, die sich in der Hauptsache noch in und um Odeffa befindet, ist nach telegraphischen Nachrichten des Divisionskommandeurs alles ruhig und in Ordnung. Die Division soll in der zweiten Hälfte des Dezembers heimbeordert werden. Kleinere Teile sind in Rumänien und werden von dort aus abbeordert. Hiernach liegt zu Besorgnissen, die nach dem langen Ausbleiben von Nachrichten da und dort aufgetreten sein mögen, kein Anlaß vor.

(-) Stuttgart, 26. Nov. (Todesfälle.) G. H. Hof-

rat Adolph von Bellingel, früher langjähriger Chef des Bankhauses Stahl & Federer, ist heute nach längerem Leiden gestorben.

(-) **Stuttgart**, 26. Nov. (Mauk.) In der Nacht zum Sonntag ist ein Weggerladen in der Gutenbergstraße ganz ausgeraubt worden.

(-) **Södingen**, 25. Nov. (Ein Langrohrge- schäft.) Auf dem hiesigen Bahnhof steht, auf einem Eisenbahnwagen montiert, ein 38 cm kalibriges Langrohrgeschütz, im Gewicht von 270000 Kg. und mit einer Länge von 31,6 Meter. Der Erbauer ist die Firma Krupp in Essen.

Vermischtes.

Zur Verhaftung des Generals Krafft von Dellmensingen wird berichtet: Als am 8. November in München die Revolution ausgebrochen war, telegraphierte der bayerische General Krafft von Dellmensingen von Ulm aus an das Große Hauptquartier, man möge ihm zwei auer-

lässige Divisionen überlassen, um die Revolution in Bayern zu unterdrücken. Aber in Württemberg wurde der Telegraph bereits von dem Arbeiter- und Soldatenrat kontrolliert. Der Rat veranlagte daher die Verhaftung des Generals und seiner Gemahlin und ließ sie nach München verbringen. Nach neuester Meldung ist der General nach seiner Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — General Krafft von Dellmensingen, aus einer Ulmer Familie stammend, ist der flegelreiche Führer der bayerischen Truppen in Siebenbürgen und in den Karpathen. Er hat in schwierigen Kämpfen den roten Turmpfah erobert.

Stiftung der Kronprinzessin. Die Kronprinzessin Cécilie hat vor ihrer Abreise nach Kopenhagen von ihrem Landgut Cäcilienhof bei Potsdam mehrere Zentner Weizenmehl und einige hundert Glas Honig dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt, um den Kindern von Potsdamer Kriegern auf Weihnachten Honighuchen backen zu lassen.

Auf der Heimfahrt verunglückt. Als ein Militärzug auf der Strecke Ditzburg-Oberhausen durch ein Tunnel fuhr, wurden fünf auf den Wagendächern liegende Soldaten herabgeschleudert und getötet.

Veruntreuung. Der vom Arbeiter- und Soldatenrat in Kassel eingeleitete Bahnhofskommandant Möhler wurde wegen des Verdachts der Veruntreuung seines Postens enthoben. Der Verhaftung entzog er sich durch die Flucht und nahm wichtige Papiere mit.

Die amerikanische Ernte soll nach einem Bericht aus Minnefota in diesem Jahre die größte sein, die je eingeheimt wurde. (?) Die Qualität sei ungeröhnlich gut.

Bahnwärtliches. Der 5.26 vormittags Wildbad ab verkehrende Zug fällt bis auf Weiteres aus, dagegen verkehrt der Sonntagzug 6.56 ab hier täglich.

Druck und Verlag der A. Holmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Bekanntmachung betreffend die Anmeldungen von Veränderungen, welche eine Berichtigung des Grund-, Gebäude- oder Gewerbestatens bedingen.

Auf Grund des Art. 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 1899 betr. die Anlegung und Fortführung der Steuerbücher (Reg. Bl. S. 1210) und Art. 60 des Gesetzes vom 8. Aug. 1903 betr. die Besteuerungsart der Gemeinden und Amtskörperschaften (Reg. Bl. S. 397) sowie § 7 der Anweisung des R. Steuerkollegiums Abteilung für direkte Steuern vom 23. Sept. 1904 zum Vollzug des Gesetzes betr. Abänderung des Gesetzes vom 28. April 1873 über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer vom 8. August 1903 (Amtsblatt des Steuerkollegiums S. 227) werden diejenigen Grundeigentümer (und Gefällberechtigten) sowie Gebäudebesitzer, bei deren Grundstücken und Gefällen oder Gebäuden während des laufenden Kalenderjahres eine Veränderung stattgefunden hat, welche eine Änderung des Steuerkatasters zur Folge hat, aufgefordert, hiervon bis 31. Dez. ds. J., spätestens aber bis zum 15. Januar f. J. bei dem Ortsvorsteher Anzeige zu machen. Ebenso sind von den Gewerbetreibenden etwazige in ihrem Betrieb eingetretene (nachhaltige) Veränderungen bis spätestens 31. Dezember ds. J. bei dem Ortsvorsteher anzuzeigen.

Im Uebrigen wird auf den Anschlag am Rathaus hingewiesen.

Wildbad, den 26. November 1918.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

A. Oberamt Neuenbürg.

Unterbringung der frei gewordenen Heeresangehörigen.

I. Nach Mitteilung des Württ. Arbeitsministeriums hat sich ein größerer Teil der Gewerbetreibenden bereit erklärt, alle diejenigen Arbeitskräfte wieder in den Betrieb aufzunehmen, die am 1. 8. 1914 darin beschäftigt waren. Für alle in Betracht kommenden Heeresangehörigen empfiehlt es sich daher dringend, sich zunächst wieder ihrer früheren Arbeitsstelle zuzuwenden. Sollten sie dort keine Arbeit finden und auch keine anderweitige Beschäftigung am Aufenthaltsort oder sonstwo erhalten können, so steht ihnen die Rückkehr zum Erstattungsstellen frei, wo sie bis auf weiteres Unterkunft und Verpflegung erhalten.

II. Die Gemeindebehörden werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß die dem Kreis der Arbeitnehmenden angehörigen württ. Heeresangehörigen, die nicht in geschlossenen Truppenteilen ins Land zurückkehren, beim Betreten des Landes nach Möglichkeit entsprechend befehrt werden.

III. In diesen Tagen sind an verschiedenen Orten militärische Auskunftsstellen errichtet worden, die zurückkehrende Heeresangehörige darüber zu belehren haben, auf welchem Weg ihnen die möglichst einfache Wiedererlangung von Arbeit möglich ist. Diesen Einrichtungen ist möglichst Förderung zu gewähren.

Den 16. Nov. 1918.

Regierungsrat Ziegler.

Bekannt gemacht mit dem Anfügen, daß die hiesige militärische Auskunftsstelle im Stadt. Lebensmittelamt untergebracht ist.

Wildbad, den 25. November 1918.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Polizeistunde.

Zufolge Verfügung des Arbeitsministerium vom 26. Nov. ds. J. ist die Polizeistunde für das ganze Land auf 9 Uhr abends festgesetzt worden.

Wildbad, den 27. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Milch-Verkauf.

Der gesamte Milchverkauf findet künftig verfahrensweise im städtischen Lebensmittelamt statt und zwar vormittags von 10—12 Uhr für diejenigen Abnehmer, welche seither schon dort die Milch abholten und nachmittags von 2—4 Uhr für diejenigen Abnehmer die sie bisher im Wacker'schen Laden abholten.

Es ist dafür Sorge getragen, daß jedermann seine Milchmenge richtig bekommt. Es liegt also für niemand eine Veranlassung vor, sich vorzudrängen oder gleich zu Anfang des Verkaufs dazustehen.

Wildbad, den 27. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Einverstanden. Der Arbeiter- und Soldatenrat

Vorst. F. Rath.

Mitteilung.

Bis zum 30. Dezember

können Reparaturen und Schuhbesohlen nicht mehr angenommen werden.

Robert Hammer, Schuhmachermeister.

Oberamt Neuenbürg.

Behandlung der Kartoffelvorräte

Bei der Knappheit aller Nahrungsmittel und der gegenwärtigen Lage ist es besonders wichtig, daß die eingelagerten Kartoffelvorräte sorgfältig behandelt werden. Die Kartoffeln sind gegen Frost und Fäulnis durch Lagerung in einem frostfreien und trockenen Keller zu schützen. Bei frostfreiem sonnigem Wetter ist der Keller zu durchlüften. Alle 14 Tage sind die Kartoffeln zu besichtigen und die kranken und verletzten auszuwählen. Die schönsten Kartoffeln halten am längsten. Die Kartoffeln sollen nicht über 60 cm hoch gesichtet werden. Jedes unnötige Schütten und Werfen, auch das Herumtreten auf den Knollen muß vermieden werden. Beginnen die Kartoffeln zu keimen, so sind die Keime sorgfältig zu entfernen.

Den 23. Nov. 1918.

M. Kaiser.

A. Oberamt Neuenbürg.

Arbeitsvermittlung.

Zur Vermittlung von Arbeitsgelegenheit für die entlassenen Heeresangehörigen und die bisher in Rüstungsbetrieben beschäftigten aus ihrem Arbeitsverhältnis ausscheidenden Personen ist in Neuenbürg eine Bezirksmeldestelle errichtet worden, die an ein benachbartes Bezirksarbeitsamt angegliedert werden wird. Die Leitung der Meldestelle wurde bis auf weiteres Herrn Verwaltungsaktuar Trostel in Neuenbürg übertragen.

Die Arbeitgeber werden aufgefordert, alle offenen Stellen in ihren Betrieben jeweils unverzüglich bei der Bezirksmeldestelle für Arbeitsvermittlung in Neuenbürg anzumelden.

Für die kaufmännischen und technischen Angestellten ist beim Landesamt für Arbeitsvermittlung ein Arbeitsnachweis errichtet worden, dessen Geschäftsräume sich im Stadt. Arbeitsamt, Stuttgart Schmalestraße 11 befinden. Offene Stellen für solche Angestellte sind jeweils beim Arbeitsamt Stuttgart, kaufmännische Abteilung, anzumelden.

Den 21. Nov. 1918.

M. Kaiser.

Bekanntmachung betreffend unerlaubte Entfernung:

Alle Soldaten, Mannschaften wie Offiziere, welche sich unerlaubt von ihren Truppenteilen entfernen, setzen sich der Bestrafung aus und haben keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten, Verpflegung und Quartier. Unteroffiziere und Mannschaften gehen ihrer Entlassungsgebühren verlustig.

Wer von seinen Truppenteilen abkommt, hat sich sofort bei der nächsten Militärbehörde (Garnisonskommando, Bahnhofskommandantur usw.) zu melden. Diese sorgen für Weiterbeförderung zum Erstattungsstellen oder geordnete Entlassung in die Heimat entsprechend den Bestimmungen.

Wer bereits in der Heimat ist, hat sich sofort bei der Ortsbehörde oder wenn Meldeamt oder Bezirksfeldwebel am Orte ist, bei diesem militärisch anzumelden. Angehörige der Jahrgänge 1898 und 1899 haben sich sofort beim nächstgelegenen Erstattungsstellen ihrer Waffe zu melden.

St. R. G. XIII.

Der S. Rat

v. Strobel, Generalmajor.

J. A. Fischer.



Dankagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters unseres guten Vaters, Schwagers, Onkels und Neffen

Fritz Funk,

Hotel Graf Eberhard

von allen Seiten erfahren durften, für die vielen Blumenpenden, für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, insbesondere seiner Schulkameraden, des Militärvereins und der freiwill. Feuerwehr, für die tröstlichen Worte des Hr. Stadtvikars sowie für den erhebenden Gesang des Viedertranzes sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Wildbad, den 28. Nov. 1918.

Closset-Papier

empfehl

Robert Treiber.

Besten Schutz

gegen Verlust

durch Feuer u. Diebstahl

bietet die

Aufbewahrung von Wertpapieren, Urkunden und Sammlungen in unserer

in unserer

Stahlkammer.

In dieser Stahlkammer befinden sich eiserne Schrankfächer, die in verschiedenen Größen, zu billigen Preisen, auf beliebige Zeit, unter Eigenverschluß des Mieters zur Verfügung gestellt werden.

Wertsachen können uns auch in versiegelten Paketen, Kisten etc. verpackt, zur sicheren Aufbewahrung übergeben werden.

Besichtigung der Stahlkammer ist während der Geschäftsstunden gerne gestattet.

STAHL & FEDERER,

Aktiengesellschaft

Filiale Wildbad.

Gesucht.

wird für einzelne Dame eine 3-4 Zimmerwohnung in freier Lage, in neuem Hause, auf 1. April oder früher. Angebote mit Preisangabe an die Exped. d. Bl. erbeten

Verloren

ging am Mittwoch mittag ein Geldbeutel mit größerem Inhalt von Bäder Pfau bis Windhof. Abzugeben gegen Belohnung bei Bäder Pfau.

Mädchen-

Gesucht

Zum baldigem Eintritt in eine Villa wird ein ordentliches Mädchen gesucht. Wer faat die Exped. [186

Frau oder-

Mädchen

für 2-3 Stunden Hausarbeit jeden Morgen gesucht. Müller-Schober Villa Graf Zerpelin

2 Zimmermädchen

2 Hausmädchen bei gutem Gehalt zum sofortigen Eintritt gesucht Hotel Post, Pforzheim.

Ev. Kirchchor.

Heute abend 8 Uhr

Singstunde

(Stimmbegabte Herren sind freundlichst eingeladen)

A. Forstamt Meistern.

Wiesen-Verpachtung

Am Dienstag den 3. Dez. nachm. 3 Uhr wird im Enzhof die 0,7789 ha. große Wiese Parzelle Nr. 1633 der Markung Wildbad auf 10 Jahre verpachtet.

Eine kleine

Wohnung

hat bis 1. Januar zu vermieten. Geigl Radierer.

Gesundes tüchtiges

Mädchen

sofort gesucht. Näheres in der Exped. [186

Summiband

für Strumpfbänder, schwarze

Besenstangen u. Rockborden,

Seiden- und

Baumwollband

empfehl zum billigsten Tagespreis. Robert Rieinger.

„Zimmer

friid“

bestes Mittel zum frischerhalten der Eier, empfiehlt Carl Wilh. Satt.

Kautschuk-Stempel

empfehl E. W. Gott.